

2. Zusammenstellung der Mündlichen Anfragen in der Reihenfolge ihres Aufrufs gemäß § 74 Abs. 1 GeschO

lfd. Name Frage
Nr.

Staatsministerium für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz

- 1 **Dr. Sepp Dürr**
(GRU) Ich frage die Staatsregierung, ob es seit Bekanntwerden der aktuellen Gammelfleischskandale in den bayerischen Tierkörperverwertungsanlagen zu einem Anstieg der Anlieferungen gekommen ist, von verdorbenem Fleisch, vorgeblichen Schlachtabfällen, bereits zerlegten Tieren etc., also zu einem Anstieg, der darauf hinweisen würde, dass Fleischgroßhändler oder Lagerhäuser angesichts befürchteter nunmehr wirksamer Kontrollen ihre Bestände bereinigen, wenn ja, in welchem Umfang die Lieferungen angestiegen sind und welche Rückschlüsse und Konsequenzen die Staatsregierung im Hinblick auf die Lieferanten zieht?
- 2 **Ludwig Wörner**
(SPD) Wie viele Lebensmittelüberwacher und Veterinäre konnten zum Stichtag 30.06.2006 an den einzelnen Landratsämtern in Bayern tatsächlich eingesetzt werden und ihre Kontrolltätigkeiten gemäß ihrer Aufträge verrichten? (Bitte nach einzelnen Landratsämtern exklusiv der in Altersteilzeit befindlichen Kranken und Urlaubern auflisten.)
- 3 **Eike Hallitzky**
(GRU) Nachdem in den Medien berichtet wurde, dass in der Gemeinde Ergolding im Landkreis Landshut bei Schülerinnen und Schülern der dortigen Realschule erhebliche gesundheitliche Probleme durch das Ausbringen von Gülle aufgetreten sind, frage ich die Staatsregierung, woher diese Gülle stammt, mit welchem Ergebnis die Gülle analysiert wurde und welche Konsequenzen für die Regelung weiterer Ausbringung von Gülle aus diesen Vorkommnissen gezogen werden?

Staatsministerium für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

- 4 **Konrad Kobler**
(CSU) Wie beurteilt die Staatsregierung die jüngste Veröffentlichung, wonach nach Darstellung des Europaabgeordneten Weber der längst überfällige Ausbau der Donau zwischen Vilshofen und Straubing durch die Bundesregierung immer noch nicht bei der Europäischen Union als förderfähiges Projekt innerhalb des sog. TEN-Verkehrsnetzes zur Förderung mit einem Volumen von rund 100 Mio. Euro angemeldet ist und eine Verzögerung des Ausbaus um 7 Jahre vorprogrammiert ist?
- 5 **Dr. Hildegard Kronawitter**
(SPD) Nachdem die Staatsregierung schon am 3. Juli in einer Antwort auf meine Schriftliche Anfrage geäußert hat, man sei bemüht, "das Bayerische Mittelstandskreditprogramm (MKP) ganzjährig offen zu halten", frage ich die Staatsregierung, wie viel wurde von dem Fördervolumen in Höhe von 25 Mio. Euro für das Jahr 2006 bisher ausgegeben, können bis Ende des Jahres die erfreulich angestiegenen Kreditnachfragen voraussichtlich bedient werden und falls die Mittel frühzeitig erschöpft sind, welche Optionen hat die LfA, um die beantragten Kredite trotzdem zu gewähren?

- 6 **Christine Stahl** (GRU) Wie beurteilt das Staatsministerium für Wirtschaft, Verkehr, Infrastruktur und Technologie die Raumbedeutsamkeit des Vorhabens der Gemeinden Heroldsberg und Eckental, im gleichen Wirtschaftsraum (Erlanger Oberland) parallel neue Einzelhandelsverkaufsflächen (u.a. Baumarkt mit angegliederter SB-Warenhaus) zu schaffen, die den lokalen Bedarf der beiden Gemeinden jeweils um ein Vielfaches übersteigt?
- 7 **Johanna Werner-Muggendorfer** (SPD) Welche Möglichkeiten sieht die Staatsregierung in Städten mit über 10.000 Einwohnern die Post als Postfilialen zu erhalten, vor allem wenn noch Mietverträge über mehrere Jahre laufen?
- 8 **Dr. Martin Runge** (GRU) Wie beurteilt die Staatsregierung die von mehreren Münchner Tageszeitungen wiedergegebene Äußerung eines Sprechers des Bundesrechnungshofes, der Bundesrechnungshof habe die Prüfung der zweiten S-Bahn-Stammstrecke in München ausgesetzt, weil ein Antrag auf Förderung des Projektes nach GVFG in absehbarer Zeit nicht zu erwarten sei?
- 9 **Susann Biedefeld** (SPD) Stimmt die Staatsregierung der vom CSU-Fraktionsvorsitzenden MdL Joachim Herrmann im Coburger Tageblatt vom 13.09.2006 gemachten Äußerung "... der Ausbau weiterer Regionalflughäfen gründlich geprüft werden müsse. Das gelte auch für den Vorstoß Coburger Unternehmer, die einen 25 Millionen Euro teuren Neubau fordern. Man muss genau hinsehen, ob es sich um ein Projekt handelt, das wirklich Arbeitsplätze bringt, oder ob es um Sonderinteressen geht." uneingeschränkt zu bzw. welche Position nimmt die Staatsregierung zu dem geplanten Coburger Regionalflughafen ein?
- 10 **Dr. Thomas Beyer** (SPD) Wie beurteilt die Staatsregierung den bisherigen Erfolg des grenzüberschreitenden S-Bahn-Betriebs von Salzburg über Freilassing nach Berchtesgaden, erachtet die Staatsregierung demgegenüber die Vorgaben der Bayerischen Eisenbahngesellschaft mbH (BEG) im Rahmen der Ausschreibung des Regionalverkehrs zwischen Freilassing und Berchtesgaden für sinnvoll, wonach im Rahmen der Vertragsvergabe ab 2010 das jetzt eingeführte Konzept des grenzüberschreitenden S-Bahn-Betriebs aufgegeben werden soll und in Freilassing in Richtung Salzburg wieder auf den Regionalexpress von München, der an den im Salzburger Bereich neu geschaffenen S-Bahn-Haltestellen nicht hält, umgestiegen werden muss und wenn nein, mit welchen Maßnahmen plant die Staatsregierung die Fortführung des grenzüberschreitenden S-Bahn-Betriebs zwischen Berchtesgaden und Salzburg auch über das Jahr 2010 hinaus sicherzustellen?

Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen

- 11 **Bärbel Narnhammer** (SPD) Welche quantitativen und qualitativen Schwerpunkte will die Staatsregierung mit ihrem für 2007 angekündigten Förderprogramm zur Beschleunigung des Aufbaus eines bayernweiten Netzes von Kindertagespflegeangeboten setzen?
- 12 **Florian Ritter** (SPD) Warum führt die Staatsregierung Pressekonferenzen zur Bilanz des Ausbildungsstellenmarktes zwar in Kooperation mit Vertretern des Bayerischen Industrie- und Handelskammertages, der Arbeitsgemeinschaft der Bayerischen Handwerkskammern, der Regionaldirektion Bayern der Bundesagentur für Arbeit und der Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft jedoch ohne Beteiligung des Deutschen Gewerkschaftsbundes durch, seit wann werden diese Bilanzpressekonferenzen derart gehandhabt und wie stellt die Staatsregierung bei dieser Zusammensetzung sicher, dass die Interpretation der Ausbildungsmarktzahlen und -situation durch die Teilnehmer für die Presse nicht einseitig und beschönigend vorgenommen wird?

Staatsministerium der Finanzen

- 13 **Gudrun Peters** (SPD) Wie will die Staatsregierung die Kommunen mit überdurchschnittlichen Winterdienstkosten auf Gemeinde- und Kreisstraßen in Zukunft unterstützen und welche Ergebnisse haben diesbezüglich die angekündigten Gespräche mit den kommunalen Spitzenverbänden erbracht?

Staatsministerium für Unterricht und Kultus

- 14 **Adi Sprinkart** (GRU) Trifft es zu, dass Verwaltungsangestellte an Schulen, deren Klassenzahl unter das Maß für den entsprechenden Stellenumfang sinkt eine Änderungskündigung mit einem reduzierten Beschäftigungsumfang erhalten, auch wenn gesichert ist, dass im Schuljahr 2007/2008 wieder eine Klassenzahl erreicht wird, die den bisherigen Stellenumfang rechtfertigt, wenn ja, wie viele Verwaltungsangestellte sind davon betroffen, trifft es weiter zu, dass ab dem 1.8.2006 für Verwaltungsangestellte keine Mehrarbeit mehr bezahlt wird?
- 15 **Joachim Wahnschaffe** (SPD) Trifft es zu, dass für Schulneubaumaßnahmen der Stadt Regensburg (Hauptschule Burgweinting und von-Müller-Gymnasium) zugesagte Mittel aus dem IZBB-Programm nicht mehr zur Verfügung stehen und wenn ja, wie hoch ist der zusätzlich von der Stadt Regensburg zu tragende Eigenanteil zu veranschlagen?
- 16 **Simone Tolle** (GRU) Welche Vereinbarungen hat die Staatsregierung zum Zeitpunkt der Beantwortung dieser Anfrage mit den Mitgliedern der sog. "Zwölf Stämme" bezüglich der Einrichtung einer Ergänzungsschule getroffen und welche natürliche oder juristische Person ist der Staatsregierung gegenüber für die Einhaltung der Vereinbarungen verantwortlich?
- 17 **Kathrin Sonnenholzner** (SPD) Welche Überlegungen gibt es bei der Staatsregierung im Hinblick auf eine über die bereits beschlossenen Maßnahmen hinausgehende Herabsetzung des Einschulungsalters und eine verlängerte Grundschulzeit, welche Auswirkungen auf die Sachaufwandsträger sind dadurch zu erwarten und wie sehen die Vorstellungen zur zeitlichen Umsetzung aus?
- 18 **Dr. Simone Strohmayer** (SPD) In wie vielen Kindertagestätten bzw. Schulen in den Landkreisen Augsburg und Aichach-Friedberg finden im kommenden Kindergartenjahr 2006 / 2007 Vorkurse Deutsch statt (aufgelistet nach Kommunen) und wie viele Kinder nehmen daran teil?

Staatsministerium des Innern

- 19 **Helga Schmitt-Bussinger** (SPD) Nachdem ich bis heute keine Antwort auf mein Schreiben an Staatsminister Dr. Beckstein vom 18.07.2006 und insbesondere nicht die hierin erbetenen Informationen zur bisherigen Arbeit der Fahndungskontrollgruppen Ansbach und Erlangen erhalten habe, und nachdem überdies die Fahndungskontrollgruppe Ansbach mittlerweile nicht mehr existent ist, frage ich die Staatsregierung, welche Fahndungserfolge erzielten die Fahndungskontrollgruppe Ansbach bzw. die Fahndungskontrollgruppe Erlangen innerhalb der letzten fünf Jahre jeweils in konkreten Zahlen und auf welche Weise sollen nach Ansicht der Staatsregierung aus dem sog. "Modellversuch" bei der FKG Ansbach, die als solche aufgelöst und in die ZEGen eingebunden wurde, mithin überhaupt keine Schleierfahndungsaufgaben mehr wahrnimmt, überhaupt aussagekräftige Erkenntnisse über die richtige Struktur zur künftigen Durchführung der Schleierfahndung in Mittelfranken gewonnen werden können?

Staatsministerium der Justiz

- 20 **Ulrike Gote** (GRU) Treffen Medienberichte zu, wonach das Polizeipräsidium Schwaben bereits Ende 2005 der Staatsanwaltschaft München I nahe gelegt hatte, ein Rechtshilfeersuchen im Fall El Masri an die zuständigen spanischen Behörden zu stellen, was die Staatsanwaltschaft in München jedoch abgelehnt haben soll und wenn die Medienberichte zutreffen, mit welcher Begründung erfolgte einerseits die Empfehlung und andererseits die Ablehnung?
- 21 **Franz Schindler** (SPD) Welche Gründe sprechen nach Ansicht der Staatsregierung dafür, wie in der Bundesratsinitiative vom 22.09.2006 zur "Effektivierung des Strafverfahrens" vorgesehen, das ursprünglich für einfach gelagerte Fälle kleinerer Kriminalität vorgesehene Strafbefehlsverfahren auch für Verfahren zu öffnen, die zur Zuständigkeit der Land- und Oberlandesgerichte gehören, die Sanktionsmöglichkeiten im Strafbefehlsverfahren auf Freiheitsstrafen bis zu zwei Jahren, also Fälle der mittleren Kriminalität auszuweiten und den Schwellenwert für die Annahmebedürftigkeit der Berufung gegen Urteil des Amtsgerichts auf sechzig Tagessätze anzuheben und teilt die Staatsregierung meine Einschätzung, dass die entsprechenden Gesetzesänderungen dazu führen würden, dass der überwiegende Teil aller Strafverfahren ohne öffentliche Hauptverhandlung erledigt und der Rechtsschutz gegen mehr als zwei Drittel aller auf Geldstrafen gerichteten Urteile massiv beschnitten würde?